



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

December 2023 | DE



Die lokale Sicht – Staffel 4, Folge 3 – COP 28: Wird Dubai die dringend nötigen Antworten bringen?

Willkommen beim Podcast des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses „Die lokale Sicht“. In dieser Folge beschäftigen wir uns mit der bevorstehenden UN-Klimakonferenz in Dubai, auf der die Welt gemeinsam berät, wie das wichtige Problem des Klimawandels angegangen werden soll. Wir haben kompetente Gesprächspartner eingeladen: die Klimajournalistin **Anna Gumbau**, die EWSA-Jugenddelegierte **Diandra Ní Bhuachalla**, den Gründer und Geschäftsführer von Sustainable Public Affairs **Willem Vriesendorp** und **Jule Könneke** vom Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Zunächst erläutert uns Anna Gumbau ihre Sicht auf die kontrovers diskutierte Entscheidung für Dubai als Konferenzort. Dabei geht es auch um die Herausforderungen, denen sich Journalisten bei der Berichterstattung über solch wichtige Veranstaltungen gegenübersehen. Diandra Ní Bhuachalla macht deutlich, wie wichtig die Stimme junger Menschen in Klimadebatten ist und dass Hoffnung auf einen Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe besteht. Willem Vriesendorp betont, dass Unternehmen bei der Nachhaltigkeit eine Führungsrolle übernehmen müssen, und Jule Könneke beschäftigt sich mit Sicherheitsaspekten der Klimapolitik und der Rolle der Zivilgesellschaft. (tk)

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)

- [EN](#)
- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)
- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)
- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

lassen Sie uns, da das Jahr 2023 seinem Ende entgegengeht, einen Moment innehalten und wichtige Errungenschaften unseres Ausschusses in diesem Jahr Revue passieren.

Als ich im April mein Amt antrat, versprach ich, den **EWSA verstärkt zu einer inklusiven und offenen Plattform** zu machen, auf der die Europäerinnen und Europäer, vor allem **die jungen Menschen**, ihre Sorgen und Anliegen zum Ausdruck bringen können. Ich bin stolz darauf, dass der EWSA dabei große Fortschritte erzielt und nun als erste EU-Institution einen EU-Jugendtest einführt. Das bedeutet, dass sich junge Menschen an der Erarbeitung unserer Stellungnahmen

beteiligen und uns ihre Ansichten zu zentralen Themen für ihre Zukunft – virtuelle Welten,

Wirtschaft und Demokratie – mitteilen werden. Die Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA wird dies aufmerksam verfolgen und Jugendinitiativen im Ausschuss entschieden vorantreiben.

Wir haben zu einem **europäischen Blauen Deal** aufgerufen – einer umfassenden Wasserstrategie für Europa. Wir als EWSA haben gemeinsam darauf gedrängt, dass dieses Thema zu einer politischen Priorität der nächsten Europäischen Kommission wird. Wir haben, so meine ich, Impulse gesetzt, und wir werden dabei nicht locker lassen. In einer Welt, in der wir immer häufiger mit Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen konfrontiert sind, ist es höchste Zeit für einen europäischen Blauen Deal. Europa braucht dringend einen eigenen und übergreifenden Ansatz für den Umgang mit Wasser. Hier gilt es, keine Zeit zu verlieren.

Europa agiert in einem neuen geopolitischen Kontext, und laut Kommissionspräsidentin von der Leyen muss sich Europa seinem historischen Auftrag stellen. Ich bin der festen Überzeugung, dass für die EU-Kandidatenländer konkrete Maßnahmen erforderlich sind. Der EWSA leistet seinen Beitrag, indem er vorangeht und die EU-Kandidatenländer schrittweise integriert. Wir haben eine Initiative für „**Erweiterungskandidatenmitglieder**“ auf den Weg gebracht. Das bedeutet, dass Vertreter der Zivilgesellschaft aus den EU-Kandidatenländern ab 2024 an unseren beratenden Arbeiten teilnehmen werden. Auf unserem Forum der Zivilgesellschaft in Thessaloniki und bei meinem letzten Besuch in Kiew hatte ich Gelegenheit, mit Vertretern der Zivilgesellschaft des Westbalkans bzw. der Ukraine zu sprechen. Meine klare Botschaft war: Der **EWSA ist ein glaubwürdiger Partner, der seine Versprechen einhält**. Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Dies sind nur einige der wichtigen Highlights des Jahres 2023, die aber ohne den gemeinsamen Einsatz dieses Hauses, das heißt unserer Mitglieder und unserer Bediensteten, nicht hätten erreicht werden können. Dies möchte ich noch einmal betonen. Ich danke Ihnen für Ihre Entschlossenheit und Ihr Engagement als Stimme der Zivilgesellschaft.

Mit dem bevorstehenden Jahreswechsel wird auch der belgische EU-Ratsvorsitz seine Arbeit aufnehmen. Ich möchte deshalb unseren spanischen Kollegen für ihre harte Arbeit und ihr Engagement während ihres gesamten Ratsvorsitzes danken. Und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem belgischen Ratsvorsitz.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Feiertage und freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen im nächsten Jahr.

Oliver Röpke

Präsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

13./14. Dezember 2023, Brüssel

EWSA-Plenartagung

15. Dezember 2023, Brüssel

Wie kann die Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU gefördert werden?

18. Dezember 2023, Brüssel

Ein zukunftsweisender Weg für die EU-Wirtschaft 2024



ZUR SACHE

„Zur Sache“ begrüßt Diandra Ní Bhuachalla, die den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als EWSA-Jugenddelegierte auf den COP-Gipfeltreffen 2023 und 2024 vertreten wird.

Diandra Ní Bhuachalla ist die Jugenddelegierte des EWSA auf der COP 28 und der COP 29. Darüber hinaus ist sie *Future Generations Global Ambassador* für das Büro des walisischen *Future Generations Commissioner* und für *Foundations for Tomorrow*, Mitglied des *SDG4 Youth & Student*-Netztes der UNESCO und *Common Futures Conversations Fellow* bei Chatham House. Diandra war von 2021 bis 2022 UN-Jugenddelegierte für Irland und koordiniert nun für den irischen Jugendrat die Programme der Vereinten Nationen und der Klima-Jugenddelegierten. In den zwölf Jahren ihres Engagements auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene setzte sie sich vor allem für die Gleichstellung der Geschlechter, hochwertige Bildung, Klimagerechtigkeit sowie Frieden und Sicherheit ein. Diandra hat einen Bachelorabschluss in Politik, einen Abschluss in Jura sowie einen Master in internationaler Politik und Diplomatie vom *University College Cork*.



„WENN DIE JÜNGSTEN KLIMAKATASTROPHEN NICHT ZU EINER EINIGUNG AUF DER COP 28 FÜHREN, WAS MUSS DANN ERST NOCH PASSIEREN?“

Als junger Delegierter nehme ich unvoreingenommen und mit einer Prise naiven Optimismus an meiner ersten COP teil. Die weltweite Durchschnittstemperatur lag in dieser Woche erstmals 2 °C über dem vorindustriellen Niveau. Wenn diese Tatsache, zusammen mit den verheerenden Überschwemmungen, Waldbränden, Dürren und Erdbeben, die wir alleine schon in diesem Jahr in der ganzen Welt erlebt haben, nicht ausreicht, um

im Sinne des vorgeschlagenen Vertrags über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe eine Einigung über den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu erzielen, weiß ich nicht, was dann erst noch passieren muss.

Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür, dass sich die Arbeit unserer Delegation auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, das Arbeitsprogramm für einen gerechten Übergang und die Finanzierung des Klimaschutzes fokussiert. Meine eigenen Interessen schließen hier eng an, etwa Klimagerechtigkeit und die Schnittstelle zwischen Klimawandel und Geschlechtergleichstellung sowie Frieden und Sicherheit.

Auch wenn junge Menschen wenig direkten Zugang zu den Verhandlungen haben, bin ich davon überzeugt, dass unsere Stimmen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Ergebnisse der COP 28 spielen. Nur dank des unermüdlichen Drucks, den junge Menschen auf die Entscheidungsträger ausüben, gibt es überhaupt die heutigen Klimaschutzvereinbarungen, auch wenn sie immer noch hinter dem wirklich Notwendigen zurückbleiben. Ich bin der Ansicht, dass die Stimmen junger Menschen gleiches Gewicht haben und gehört werden sollten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass wir jungen Leute am längsten unter den Folgen der Untätigkeit beim Klimaschutz leiden werden.

Meine Leidenschaft für den Klimaschutz geht auf drei wichtige Faktoren zurück:

- Die Erkenntnis, dass der Klimawandel jeden trifft und andere Probleme in Bereichen wie Geschlechtergleichstellung, Frieden und Sicherheit noch verschärft.
- Die Fülle an Informationen, zu denen junge Menschen unmittelbaren Zugang haben, versetzt sie in die Lage, sich der globalen Auswirkungen des Klimawandels bewusst zu werden.
- Die Enttäuschung darüber, dass die Entscheidungsträger zu wenig Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, was uns dazu veranlasst, eine Kursänderung einzufordern.

Ich freue mich darauf, auf der COP 28 Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen kennenzulernen, ihre Geschichten zu hören, mein Wissen zu erweitern und meine Hoffnung für die Zukunft wieder aufleben zu lassen. Allerdings lässt mich die Sorge nicht los, dass meine Stimmung in Angst umschlagen könnte, wenn die vereinbarten Maßnahmen bezüglich Angemessenheit und Umsetzung zu weit hinter meinen Erwartungen zurückbleiben.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

Für unsere Rubrik „Eine Frage an...“ haben wir EWSA-Mitglied **Dovilė Juodkaitė** gebeten, uns etwas über ihre neue Stellungnahme zu der Überarbeitung der EU-Richtlinie zum Schutz der Rechte der Opfer von Straftaten zu erzählen.



„Die Rechte der Opfer, ihr Schutz und die Opferhilfe müssen EU-weit gestärkt werden.“

EWSA info: Die Europäische Kommission gibt an, dass jährlich 15 % aller Europäerinnen und Europäer Opfer von Straftaten werden. Und doch mangelt es an Informationen, Unterstützung und Schutz für die Opfer. Welche Vorschläge hat der EWSA zur Festlegung von Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten?

Dovilė Juodkaitė: Durch die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Überarbeitung der Opferschutzrichtlinie sollen die Rechte der Opfer, ihr Schutz und die Opferhilfe EU-weit gestärkt werden. Bei der Überarbeitung geht es darum, dass die Rechte der Opfer während des gesamten Gerichtsverfahrens gewährleistet sind, d. h. der Zugang zu Informationen, individuelle Unterstützung, Verfahrensrechte und Entschädigung. Der EWSA unterstützt den Vorschlag und konzentriert sich auf spezifische Verbesserungsvorschläge.

Auch wenn es nicht Sinn der Sache ist, eine Rangordnung von Opfern oder der Arten von Straftaten aufzustellen, benötigen einige Opfer möglicherweise zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen. Der EWSA begrüßt Änderungen für eine Verbesserung der individuellen Begutachtung der Opfer und unterstützt spezifische Maßnahmen für schutzbedürftige Opfer, einschließlich Kinder und Menschen mit Behinderungen.

Angesichts der Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten regt der EWSA an, dass die Kommission detaillierte Leitlinien für die Begutachtung erstellt, um die Pflichten der Behörden zu verdeutlichen, und verweist diesbezüglich auf die Bedeutung strengerer Anforderungen an die Schulung von Fachkräften im Bereich der Opferrechte und den Zugang zu Informationen. Der EWSA bedauert, dass im Zusammenhang mit der Begutachtung der vom Straftäter ausgehenden Gefahr auch psychische Probleme in die Liste von Straftaten und gefährlichem Verhalten aufgenommen wurden, und empfiehlt, diese zu streichen. Es sollten nur Faktoren berücksichtigt werden, die mit der von einer Person ausgehenden Gefahr zusammenhängen, damit sich die Diskriminierung im Zusammenhang mit psychischer Gesundheit nicht fortsetzt.

In der Richtlinie wird betont, dass die Opfer Entscheidungen überprüfen lassen können, was überaus wichtig ist, wenn es um ihre aktive Rolle bei Gerichtsverfahren geht. Der EWSA drängt darauf, unverzüglich über dieses Recht zu informieren und Überprüfungen so zu beschleunigen. Daneben unterstützt er einen zeitnahen Zugang der Opfer zu Entschädigung, indem der Staat die festgelegte Entschädigung an das Opfer auszahlt und das Geld später vom Täter zurückfordert.

Die Umsetzung der Richtlinie hat maßgebliche Bedeutung für einen EU-weit einheitlichen Opferschutz. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, genug Mittel für die Umsetzung und Durchführung der Richtlinie

bereitzustellen. Er hebt die Rolle der Kommission hervor, die dafür sorgen sollte, dass die EU-Fördermittel aufgestockt und den Staaten gemeinsame Standards und Berichtsformate für die Datenerhebung an die Hand gegeben werden. Es wird vorgeschlagen, Studien und viktimologische Erhebungen durchzuführen, bei denen eine einheitliche Methodik angewandt wird. Opferunterstützungsdienste und Organisationen der Zivilgesellschaft sollten an der Entwicklung von Standards und Formaten beteiligt werden. Die Kontinuität der Arbeit der Plattform für Opferrechte, die im Rahmen der Strategie für die Rechte von Opfern 2020–2025 eingerichtet wurde, ist wichtig, um den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Durchführung der Richtlinie eine Orientierungshilfe und Unterstützung zu bieten. Daher fordert der EWSA die Kommission auf, die Nachfolgestrategie anzunehmen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, nationale Strategien oder Programme zu Opferrechten aufzulegen und die Koordinierung und Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Fällen zu verstärken.

Die Überarbeitung der Richtlinie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Bezüglich eines möglichen Verbesserungsbedarfs weist der EWSA die Kommission und die Mitgliedstaaten darauf hin, dass diese Überarbeitung Gerechtigkeit für alle Opfer zum Ziel haben sollte.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST

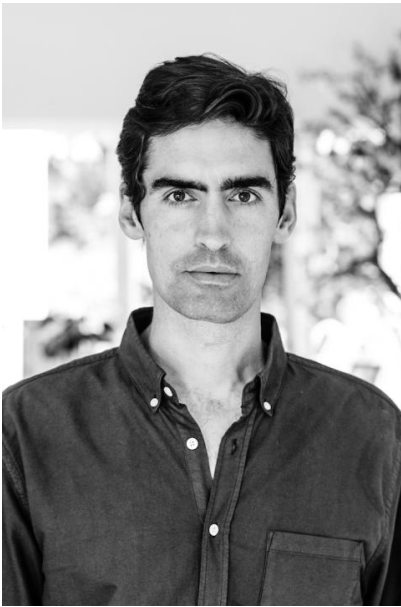


Überraschungsgast

In der Rubrik „Überraschungsgast“ unseres Newsletters melden sich herausragende Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Wissenschaft, Medien und öffentlichem Leben zu Wort, deren Arbeit, Engagement und Einsatz sowie Erfahrungen und Erlebnisse andere inspirieren können.

In der Dezember-Ausgabe geht es um **Willem Vriesendorp**, Gründer und Geschäftsführer von #SustainablePublicAffairs. Er erläutert seine Ansichten zur COP 28, die dieses Jahr vom 30. November bis 12. Dezember in Dubai stattfindet, sowie zum Thema Klimawandel. Können solche Konferenzen zu einem Umdenken der Öffentlichkeit beim Klimawandel beitragen? Führen sie zu einer größeren Sensibilisierung und einem stärkeren Bewusstsein für den Klimawandel und seine Auswirkungen auf den Planeten? Auf der COP 28, der 28. jährlichen Klimakonferenz der Vereinten Nationen, werden die Regierungen darüber diskutieren, wie wir den Klimawandel eindämmen und uns für seine künftigen Folgen rüsten können.

Willem wurde von *Best in Brussels* und *Mace Magazine* zu einem der besten Berater für öffentliche Angelegenheiten gewählt. In diesem Jahr wurde er vom Magazin *Politico* zu einem der 40 wichtigsten Influencer in Brüssel gekürt.



„Wir müssen handeln – und zwar jetzt!“

von Willem Vriesendorp

Nachhaltigkeit kann nur dann dauerhaft erreicht werden, wenn sie Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist. Es ist zu begrüßen, dass die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) alljährlich zusammenkommen. Die Konferenz der Vertragsparteien (COP) ist ein dringend erforderlicher Dialog und zeigt, dass wir an eine demokratische Lösung des Problems glauben.

In der Nachhaltigkeitsdebatte wird häufig der Faktor Zeit außer Acht gelassen. Ich denke, niemand wird wohl gegen ökologische Nachhaltigkeit sein. Allerdings wird unterschiedlich großer Ehrgeiz bei den Fristen an den

Tag gelegt, innerhalb derer bestimmte Schwellenwerte und Ziele erreicht werden sollen. Die COP soll dazu dienen, diesen Prozess zu beschleunigen, könnte aber auch das Gegenteil bewirken, wenn sie zu einem bloßen Debattierclub wird, in dem nur die Symptome diskutiert werden, das Problem jedoch nicht an der Wurzel gepackt wird. Dann wäre sie kontraproduktiv und käme Grünfärberei gleich.

Wir erhoffen uns drei Ergebnisse von der COP 28. Erstens einen konkreten Aktionsplan für einen Investitionsstopp bei neuen fossilen Energieträgern und einen raschen Ausstieg aus bestehenden fossilen Energiequellen. Zweitens ist eine Vereinbarung über Verluste und Schäden erforderlich, denn es liegt auf der Hand, dass die breitesten Schultern die schwersten Lasten tragen sollten, zumal der Westen jahrhundertlang privaten Gewinn aus öffentlichen Gütern geschlagen hat. Eine solche Vereinbarung ist nur dann möglich, wenn der Globale Norden bereit ist, zu zahlen. Drittens eine tiefgreifende Umgestaltung der weltweiten Kapitalmärkte und -systeme. Die externen Umwelteffekte und die Umweltverschmutzung müssen bepreist werden, um die Finanzierung umweltschädlicher Projekte zu erschweren.

Diese COP ist von besonderem Interesse, da dort die Ergebnisse der ersten weltweiten Bestandsaufnahme präsentiert werden, und wir sind eindeutig auf dem falschen Weg. Am letzten Samstag hat der Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur erstmals in der Geschichte die 2-Grad-Grenze überschritten. Dies wurde kaum zur Kenntnis genommen. Wir müssen sofort handeln. Dem Vorsitz der COP 28 fällt eine Aufgabe zu, die extreme Selbstdisziplin und Vorausschau erfordert, so als würde sich das beste Hamburgerrestaurant der Stadt für ein Verbot des Verkaufs von Hamburgern einsetzen und ein Gesetz propagieren, das nur vegetarische Hamburger zulässt.

Mir fallen nicht viele Beispiele bescheidener Führungspersönlichkeiten oder von Verhaltenswissenschaftlern wie Daniel Kahneman ein, dem zufolge eine derartige Selbstdisziplin und Weitsicht äußerst selten und nahezu übermenschlich ist.

Es ist also Druck von außen erforderlich – und hier sind die Organisationen der Zivilgesellschaft gefragt. Zudem spielen unseres Erachtens Unternehmen, die bereits über die heutigen Umweltnormen hinausgehen, also Vorreiter in puncto Nachhaltigkeit sind, eine äußerst wichtige Rolle. Wir müssen dafür sorgen, dass sie sich zu Wort melden und den Verhandlungsführern zeigen, dass Nachhaltigkeit sich auszahlt, und zwar nicht nur mit Blick auf unsere Klima- und Umweltziele, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Genau dies tun wir bei #SustainablePublicAffairs. Wir sind die erste und bislang einzige Unternehmensberatung im Bereich öffentliche Angelegenheiten, die ausschließlich für Kunden mit positiver Umweltwirkung tätig ist. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Leistung der Nachhaltigkeitspioniere

zur Norm zu machen, indem wir auf höhere umweltpolitische Anforderungen hinwirken.

Wir fordern die gesamte Dienstleistungsbranche auf, einen konstruktiveren und bewussteren Beitrag zu leisten. Derzeit widmen sich die meisten (Strategie-)Beratungsfirmen, Wirtschaftsprüfer, Anwaltskanzleien, Kommunikationsberater, PR-Berater und ähnliche Dienstleister ganz und gar Fällen, die im Widerspruch zum Übereinkommen von Paris stehen. Diese grundlegenden Branchen sollten unbedingt Stellung beziehen und sich ihre Kunden sorgfältig aussuchen. Niemand sollte sich als Unternehmer für Dinge einsetzen, die man als Privatperson missbilligen würde.

Wir sind der Überzeugung, dass der Vorsitz der COP 28 begreifen wird, dass Nachhaltigkeit ein gutes Geschäft – das Geschäft der Zukunft ist –, wenn sich die Nachhaltigkeitsvorreiter und die Dienstleistungsbranche Gehör verschaffen. Wir müssen dringend handeln, und wir sollten schleunigst möglichst viele der erforderlichen Maßnahmen in die Tat umsetzen. Wir können uns schon lange nicht mehr den Luxus erlauben, reine Prognosen über unsere Zukunft anzustellen. Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, wie unsere Welt 2050 aussehen soll und was dafür getan werden muss – was leider bedeutet, dass einige der schmerzhafteren Maßnahmen bereits jetzt fällig sind.

Dies wird uns nur mit vereinten Kräften gelingen.

Dieser Artikel wurde noch während der COP 28 verfasst.

EWSA



Für ein nachhaltiges Finanzwesen: EWSA legt Konzept für eine Verordnung über ESG-Ratings vor

Der EWSA hat seinen Standpunkt zu dem Vorschlag der EU zur Regulierung von Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance (ESG) formuliert. In einer im Oktober 2023 verabschiedeten Stellungnahme betont der Ausschuss die Bedeutung von Qualitätsstandards für die Bekämpfung von Greenwashing und spricht sich für eine obligatorische Einbeziehung des Grundsatzes der doppelten Wesentlichkeit aus.

Die Begriffsbestimmungen für ESG-Ratings und ESG-Rating-Anbieter müssen präzisiert werden, um bestimmte nichtkommerzielle Tätigkeiten vom Anwendungsbereich der Verordnung auszunehmen. Ferner empfiehlt der EWSA, eine EU-Ratingagentur im Bereich Nachhaltigkeit einzurichten.

Durch ESG-Ratings werden Investitionen in Richtung nachhaltiger Praktiken gelenkt, was den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützt. **Krzysztof Balon**, der EWSA-Berichterstatter, begrüßt den

Vorschlag der Kommission und betont das Erfordernis „strenger Standards, von Transparenz und Konfliktverhütung, um das Vertrauen in die Finanzmärkte zu stärken und eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen“.

Der EWSA schlägt ein Zulassungsverfahren und organisatorische Anforderungen an ESG-Rating-Anbieter vor, um Qualität zu garantieren und Greenwashing zu bekämpfen. Außerdem wird ein Standard der doppelten Wesentlichkeit angeregt, durch den Unternehmen verpflichtet werden, über die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Nachhaltigkeit von Unternehmen und Gesellschaft/Umwelt Bericht zu erstatten. Nach Auffassung des Ko-Berichterstatters **Andrea Mone** würde dies die Zuverlässigkeit der Informationen durch einen geregelten Wettbewerb zwischen den Anbietern verbessern.

Daneben regt der EWSA an, die Bestimmung des Begriffs ESG-Rating zu verfeinern und nichtkommerzielle Bewertungen bestimmter Gruppen von der Verordnung auszuschließen. Der EWSA empfiehlt die Einrichtung einer EU-Agentur im Bereich Nachhaltigkeit, um durch die Bewertung von KMU, Anbietern von Dienstleistungen und sozialwirtschaftlichen Unternehmen eine Marktlücke zu schließen. Diese Agentur würde das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Finanzmärkte wiederherstellen und die Streitbeilegung erleichtern, was zu den Prioritäten des EWSA gehört. (tk)



[#ReskillEU – Die Dekarbonisierung erfordert neue Kompetenzen der Arbeitskräfte im Energie- und Verkehrssektor der EU](#)

Die gemeinsam von der Fachgruppe TEN und der GD Forschung und Innovation der Europäischen Kommission am 8. November 2023 in Brüssel ausgerichtete Konferenz #ReskillEU - Neue Arbeitsplätze im Energie- und Verkehrssektor in Europa sandte

eine klare Botschaft: Die EU braucht einen strukturierten und effizienten Plan zur Entwicklung der für die Energie- und Verkehrswende erforderlichen kritischen Kompetenzen.

Saubere Energie und sauberer Verkehr erfordern dringend neue Kompetenzen, Kenntnisse und Kapazitäten. Die EU ist auf ihrem Weg hin zu Klimaneutralität bis 2050 nur dann erfolgreich, wenn ihre Arbeitskräfte auch über die richtigen Kompetenzen verfügen.

Präsident **Oliver Röpke** verwies auf die Bedeutung „neuer Kompetenzen und Kenntnisse für einen reibungslosen grünen und digitalen Wandel im Verkehrs- und Energiesektor“ und betonte: „Bei dem Schwerpunkt auf Ökowende und Digitalisierung darf nicht außer Acht gelassen werden, wie wichtig der Faktor Mensch für die Erreichung dieser Ziele ist. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft Teil dieses Übergangs sind.“

Damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch die erforderlichen „neuen“ Kompetenzen besitzen, muss die EU nun im Einklang mit den Zielen der Europäischen Kompetenzagenda für 2025 und im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen 2023 tätig werden.

Der EU-Sektor für erneuerbare Energien benötigt derzeit mehr als 1,2 Millionen qualifizierte Arbeitskräfte, und nach Angaben der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien dürften diese Zahlen bis 2050 jährlich noch weiter steigen.

Gleiches gilt für den Verkehrssektor, in dem mehr als 15 Millionen Menschen in der EU beschäftigt sind. Dieser befindet sich in einem raschen Wandel und ist stark von Automatisierung, Elektrifizierung und umweltfreundlichen Technologien geprägt.

„Im europäischen Energie- und Verkehrssektor zeigt sich äußerst deutlich, wie groß die Herausforderungen im Bereich der Kompetenzen sind“, betonte die Vorsitzende der Fachgruppe TEN **Baiba Miltoviča**. „Wir müssen gewährleisten, dass der Ausbau von Kenntnissen und Fähigkeiten bei unseren Bemühungen an vorderster Stelle steht. Folglich müssen wir uns zu kontinuierlichem Lernen, Umschulung und Weiterqualifizierung verpflichten, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.“ (mp)



#RareDiseases – EU braucht eine Strategie für 36 Millionen Betroffene in Europa

Auf seiner Konferenz in Bilbao am 10./11. Oktober 2023 forderte der EWSA die Europäische Union nachdrücklich auf, einen europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung seltener Krankheiten zu erarbeiten.

Das wichtigste Ziel ist eine engere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gesundheitssystemen, damit Patientinnen und Patienten mit seltenen Krankheiten bessere Diagnose-, Behandlungs- und Pflegemöglichkeiten haben.

In allen Mitgliedstaaten der EU stellen seltene Krankheiten ein ernstzunehmendes Problem dar. Bei ihrer Bekämpfung könnte der noch jungen Europäischen Gesundheitsunion eine Schlüsselrolle zukommen.

In der Praxis sind seltene Krankheiten weitaus weniger selten, als vielleicht zu vermuten wäre. Im Gegenteil, die Zahlen sind alarmierend: Gegenwärtig gibt es mehr als 7 000 seltene Krankheiten, von denen 8 % der Bevölkerung der EU, d. h. rund 36 Millionen Menschen, betroffen sind.

Auf der Konferenz, die von der Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (TEN) organisiert wurde, kamen neben 50 Rednern, 45 EWSA-Mitgliedern, der Generaldirektorin der GD Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Europäischen Kommission und drei Mitgliedern des Europäischen Parlaments rund 550 weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Europa zusammen.

„Die Europäische Gesundheitsunion, die wir derzeit errichten, muss jedem Bürger und jeder Bürgerin Schutz und Versorgung bieten. Wir haben die Pflicht, Menschen mit seltenen Krankheiten und ihre Familien zu unterstützen. Wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit diejenigen, die Hilfe brauchen, diese auch bekommen“, so **Stella Kyriakides**, Mitglied der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

„Es ist eine Tatsache, dass seltene Krankheiten überhaupt nicht selten sind. Es handelt sich um eine gesamteuropäische Herausforderung, die eine gesamteuropäische Lösung erfordert“, bekräftigte EWSA-Präsident **Oliver Röpke**, und die Vorsitzende der Fachgruppe TEN, **Baiba Miltoviča**, fügte hinzu: „Wir brauchen einen europäischen Aktionsplan, damit Patientinnen und Patienten mit seltenen Krankheiten in dem Staat der EU behandelt werden können, der am besten dafür geeignet ist. Diese Menschen verdienen die bestmögliche Versorgung, ganz gleich, wo sie in Europa zu finden ist.“ (mp)



Die Zukunft unseres Klimas auf der COP 28 mitgestalten: die EWSA-Delegation

Die COP 28 ist eine entscheidende Wegmarke und eine Chance für die Staaten, ihre Verpflichtungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu bekräftigen und zu verstärken. Mit dem auf der COP 21 geschlossenen Übereinkommen von Paris wurde die Grundlage für gemeinsame Anstrengungen zur Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs gelegt. Auf der COP 28 haben die Länder die Möglichkeit, ihre Klimaziele zu überprüfen und höher zu stecken, damit sie dem neuesten Stand der Wissenschaft entsprechen und der immer dringlicheren Klimakrise gerecht werden.

Die COP 28 wird vom 30. November bis zum 12. Dezember 2023 in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), stattfinden. Der EWSA nimmt aktiv an den jährlichen Verhandlungen teil.

Auf der COP 28 soll die erste [weltweite Bestandsaufnahme](#) der Umsetzung des Übereinkommens von Paris abgeschlossen werden. Alle fünf Jahre wird eine jeweils zwei Jahre dauernde Bestandsaufnahme zur Bewertung der erzielten kollektiven Fortschritte bei der Erreichung der weltweiten Klimaziele durchgeführt. Gleichzeitig mit der ersten weltweiten Bestandsaufnahme endet auch die erste Hälfte des Umsetzungszeitraums der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihrer Nachhaltigkeitsziele, einschließlich Ziel 13 (Klimaschutz).

In einem [Schreiben](#) an die Vertragsparteien kündigte der Vorsitz im Juli 2023 an, dass die folgenden vier Paradigmenwechsel im Mittelpunkt der COP 28 stehen sollen:

- Beschleunigung der Energiewende und drastische Emissionssenkung vor 2030;
- Neuausrichtung der Klimafinanzierung durch die Erfüllung alter Zusagen und die Schaffung der Rahmenbedingungen für einen neuen Finanzdeal;
- Natur, Menschen, Leben und Existenzgrundlagen als zentrale Anliegen des Klimaschutzes und
- Mobilisierung für die bisher inklusivste COP.

Der EWSA wird Teil der EU-Delegation sein und durch EWSA-Präsident **Oliver Röpke**, die sechs Mitglieder der [Ad-hoc-Gruppe „COP“](#) – **Peter Schmidt**, **Isabel Caño Aguilar**, **Josep Puxeu Rocamora**, **Antje Sabine Gerstein**, **Neža Repanšek** und **Arnaud Schwartz** – sowie die Jugenddelegierte des EWSA für die UNFCCC **Diandra Ní Bhuachalla** vertreten sein. (ks)



Bewertung der Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen: Aufruf zum Handeln

In einer Welt, in der nachhaltige Fortschritte angestrebt werden, liegen jetzt, da die Hälfte des Zeitraums für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bereits verstrichen ist, erhebliche Herausforderungen ganz eindeutig noch vor uns.

In seiner auf der Oktober-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme betont der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), dass die Europäische Union (EU) eine integrierte und umfassende Strategie mit ehrgeizigen langfristigen Zielen und Plänen benötigt.

In einem aktuellen UN-Bericht ist von alarmierenden Entwicklungen die Rede: So werden weltweit nur 12 % der rund 140 Nachhaltigkeitsziele planmäßig umgesetzt. Der EWSA fordert dringend langfristige politische Zusagen der EU, eine frühzeitige Einbeziehung der Interessenträger und ausreichende Ressourcen. Der Ausschuss macht deutlich, dass die Nachhaltigkeitsziele auch über 2030 hinaus eine langfristige Verpflichtung bleiben sollten.

Der EWSA betont die Bedeutung eines langfristigen politischen Engagements der Kommission, das über die aktuelle Amtszeit hinausgeht und eine frühzeitige Einbeziehung von Interessenträgern, die Vertretung weiterer Institutionen und die Bereitstellung angemessener Ressourcen beinhaltet, um eine inklusive Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu gewährleisten. Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass die Nachhaltigkeitsziele auch nach 2030 eine dauerhafte Verpflichtung bleiben müssen.

Maria Nikolopoulou, Berichterstatterin für die Stellungnahme, erklärte: „Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auch über 2030 hinaus weiterhin ganz oben auf die politische Agenda zu setzen und Mittel für die Ausarbeitung einer übergreifenden EU-Strategie für die nächste Amtszeit bereitzustellen.“

Zur Beschleunigung der Fortschritte empfiehlt der EWSA, von einer getrennten Behandlung der Ziele zu einem ganzheitlichen Ansatz überzugehen und die Strategien für nachhaltige Entwicklung zu vereinfachen. Es ist entscheidend, verschiedene Bereiche einzubeziehen, u. a. die Zivilgesellschaft, den öffentlichen und den privaten Sektor, die Wissenschaft sowie Jugend- und Frauenorganisationen. Der EWSA plädiert für einen strukturierten zivilgesellschaftlichen Dialog mit vor Ort tätigen Unternehmen, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft.

„Die Nachhaltigkeitsziele haben bis heute nichts an Relevanz verloren. Wir sollten uns weiterhin gemeinsam für ihre Verwirklichung einsetzen“, erklärte Ko-Berichterstatterin **Antje Gerstein**. (ks)



Nie zuvor war der Westbalkan dem EU-Beitritt so nah

Der EWSA veranstaltete am 19./20. Oktober 2023 sein Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans, das im Zeichen des neuen Schwungs, der aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage im EU-Beitrittsprozess der Länder dieser Region zu verzeichnen ist, sowie des klaren Bekenntnis der europäischen Staats- und

Regierungschefs zur Erweiterungspolitik stand.

Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft betonten, dass der zivilgesellschaftliche Raum stärker gefördert und geschützt werden muss, um die Umsetzung der für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen wichtigen Sozial- und Wirtschaftsreformen zu erleichtern.

Das Forum fand in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, der [Europäischen Stiftung für Berufsbildung](#), dem [Regionalen Kooperationsrat](#) und dem [Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung](#) im griechischen Thessaloniki statt.

Bei der Eröffnung betonte EWSA-Präsident **Oliver Röpke**, dass der EWSA seit jeher eng in den EU-Erweiterungsprozess eingebunden ist. „Ich bin stolz darauf, dass wir unsere Unterstützung noch ausweiten können. Vor einigen Wochen hat der EWSA den historischen Beschluss gefasst, sich auf institutioneller Ebene für EU-Beitrittskandidaten zu öffnen und Erweiterungskandidatenmitglieder zu integrieren.“

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie, **Dubravka Šuica**, versicherte gegenüber den Kandidatenländern, dass "zwischen Europa und dem Westbalkan heute und in Zukunft enge Bande bestehen. Ich begrüße die Initiative des EWSA, Vertreter aus den Erweiterungsländern in seine beratende Arbeit einzubeziehen. Unter den EU-Institutionen nimmt er damit eine Vorreiterrolle ein.“

Die Vertreter verschiedener Organisationen der Zivilgesellschaft und von NGO aus allen Ländern des Westbalkans wiesen auf die Probleme hin, mit denen sie zu kämpfen haben, wie unregelmäßige Konsultationen, ein deutlicher Rückgang bei der Zusammenarbeit mit den Regierungen und eine begrenzte Einbindung in die Überwachung und Umsetzung europapolitischer Maßnahmen.

Auf dem Forum wurden zudem der Zustand des Bildungssystems, die Jugendpolitik und die Kompetenzentwicklung auf dem Westbalkan sowie die Themen Erwachsenenbildung, lebenslanges Lernen und berufliche Aus- und Weiterbildung erörtert.

Die dritte Arbeitssitzung war dem Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der grünen Agenda für den Westbalkan gewidmet.

Die auf dem Forum verabschiedete [Erklärung](#) soll in das Gipfeltreffen EU-Westbalkan im Dezember einfließen. (at)



Wasser: Können wir uns Nichtstun leisten? EWSA stellt Aktionsplan für europäischen Blauen Deal vor

Am 26. Oktober erläuterte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) seinen [Plan](#) für eine umfassende EU-Wasserstrategie. Der EWSA setzt sich als erste europäische Institution für konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der Wasserkrise ein. Er schlägt in diesem Zusammenhang Wasserverbrauchskennzeichnungen, einen Fonds für einen blauen Übergang, Auflagen für Wasser in EU-Fonds und einen eigenen EU-Kommissar für das Ressort Wasser vor.

Die Kosten des Nichtstuns in der Wasserpolitik liegen Schätzungen zufolge um ein [Fünffaches über den Kosten entsprechender Maßnahmen](#), Unternehmen kann so ein erheblicher finanzieller Nachteil entstehen. Europa bietet sich die einmalige Gelegenheit, Herausforderungen im Bereich Wasser als Chance für die Entwicklung neuer Techniken, den gesellschaftlichen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum zu nutzen. Der derzeitige uneinheitliche Ansatz ist jedoch kaum geeignet, Wasserknappheit, Umweltverschmutzung und Klimawandel zu bekämpfen.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** legte eine [politische Erklärung](#) mit Grundsätzen und konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung des Blauen Deals vor. „Wasser ist DIE Priorität schlechthin“, sagte Röpke. „Wir müssen aus unseren Fehlern bei Klimawandel, Energie und kritischen Rohstoffen lernen und eine eigenständige Wasserstrategie auf den Weg bringen, die dem europäischen Grünen Deal ebenbürtig ist.“

Pernille Weiss, Mitglied des Europäischen Parlaments, schloss sich dem Aufruf zum Handeln an und betonte, dass in der EU eine echte Wasserresilienz erreicht werden muss. **Virginijus Sinkevičius**, EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, begrüßte die Wasserinitiative des EWSA, mit der die Süßwasserbewirtschaftung in Europa in den Fokus gerückt wird.

Der EWSA will den Druck auf EU-Institutionen und Mitgliedstaaten erhöhen, damit sie angesichts der Initiative der Europäischen Kommission zur Wasserresilienz im Jahr 2024 eine integrierte Wasserstrategie annehmen. Er wird zudem weitere Stellungnahmen ausarbeiten, in denen besondere Aspekte des Blauen Deals untersucht werden.

Mariana Mazzucato, Ko-Vorsitzende der Globalen Kommission für Wasserökonomik, warnte davor, die Wasserkrise nicht ernst zu nehmen und dadurch Fortschritte beim Klimaschutz und den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu verhindern. UN-Sonderberichterstatter **Pedro Arrojo Agudo** unterstrich, dass Wasser als Gemeingut eine demokratisch kontrollierte Bewirtschaftung auf der Grundlage von Nachhaltigkeit und Menschenrechten verlangt.

Der Ausschuss betont die Rolle der EU bei der Bewältigung der globalen Wasserkrise und plant, sich bei der COP28 im Dezember für internationale Maßnahmen zum Thema Wasser einzusetzen. (gb)



Zivilgesellschaft in Europa unter Druck – Erkenntnisse aus dem jüngsten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit

Der neue [Bericht](#) der Gruppe „Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit“ (GGR) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) wirft ein Schlaglicht auf die wachsenden Herausforderungen, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa konfrontiert sind. Vorgestellt wurde der Bericht am 7. November auf der GGR-Konferenz im Zusammenhang mit der aktuellen Situation der Rechtsstaatlichkeit und den Auswirkungen auf den zivilgesellschaftlichen Raum.

Auf der vierten Jahreskonferenz des EWSA zum Thema Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit wurden ausgehend von dem Bericht der GGR und dem Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2023 die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen sowie die unverzichtbare Rolle der Zivilgesellschaft bei der Überwachung und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit untersucht.

Präsident **Oliver Röpke** betonte die zentrale Bedeutung der Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten und schlug ein regelmäßiges Forum der Zivilgesellschaft zu Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit vor. Das für Justiz zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, **Didier Reynders**, betonte die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, die es zu schützen, zu fördern und zu stärken gelte.

Der vierte [Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit](#) wurde im Juli 2023 angenommen. Wie schon 2022 enthält der Bericht länderspezifische Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten. In dem diesjährigen Bericht werden auch die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Vorjahr bewertet, von denen laut Kommission etwa zwei Drittel vollständig oder teilweise umgesetzt wurden.

Auf der Konferenz legte die GGR des EWSA darüber hinaus ihren [Bericht](#) über die Länderbesuche in Griechenland, Finnland, Portugal, der Slowakei, Slowenien und Schweden im Jahr 2022 vor. Der Bericht veranschaulicht, dass kein Mitgliedstaat vor Problemen gefeit ist, und zeigt aktuelle Entwicklungen und akute Bedrohungen für die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit in Europa auf. Teil dieser Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Organisationen sind die sichere Finanzierung, sozioökonomische Veränderungen im Mediensektor und anhaltende Probleme mit langsamer Justiz – diese Aspekte sind in verschiedenen Ländern Europas zu beobachten.

Paul Soete, Vorsitzender der Gruppe „Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit“, fordert mit Blick auf den Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums und der Demokratie insgesamt mehr Unterstützung auf nationaler und europäischer Ebene. (gb)



EWSA beim Plenum des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit

Die EWSA-Mitglieder **Peter Schmidt, Andreas Thurner, Piroska Kállay** und **Maurizio Reale** nahmen an der 51. Plenarsitzung des Ausschusses der Vereinten Nationen für Welternährungssicherheit (CFS) in Rom teil. Die Welternährungssicherheit ist ein überaus wichtiges globales Problem, das nicht an Grenzen Halt macht und sich auf das Wohlergehen von Milliarden von Menschen und die Stabilität der Staaten auswirkt. Da die Weltbevölkerung weiter zunimmt und der Klimawandel

beispiellose Herausforderungen für die Landwirtschaft mit sich bringt, ist die Gewährleistung der Ernährungssicherheit zu einer dringenden Priorität geworden.

Der EWSA plädierte für einen [Europäischen Rat für Ernährungspolitik](#), um einen partizipativen Ansatz bei der Politikgestaltung zu gewährleisten, und er forderte die Teilnehmer nachdrücklich auf, die notwendigen Maßnahmen zur [Bekämpfung der Lebensmittelspekulation](#) zu ergreifen. (ks)



Maßnahmenpaket Arzneimittel: EU muss strategischer vorgehen

Die lang erwartete Aktualisierung des EU-Arzneimittelrechts kann für die Menschen in der EU von großem Nutzen sein, aber der strategischen Autonomie sollte mehr Beachtung geschenkt werden.

Der EWSA befürwortet die vorgeschlagene Überarbeitung des Arzneimittelrechts, ist jedoch der Ansicht, dass neben der Wettbewerbsfähigkeit der Branche und ihrer Attraktivität für Investitionen auch umfassendere soziale und geopolitische Belange stärker berücksichtigt werden sollten.

„Wir müssen strategisch autonom werden, und dafür brauchen wir Versorgungssicherheit. Es müssen administrative und finanzielle Anreize geschaffen werden“, so **Martin Schaffenrath**, Berichterstatter der [EWSA-Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag](#). „Was wir in dieser Branche brauchen, sind Investitionen und eine nachhaltige Unterstützung. Und wir müssen die Produktion wieder zurückholen.“

Die Arzneimittelindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der EU. In ihr selbst sind rund 840 000 Menschen beschäftigt, und indirekt hängen noch einmal dreimal so viele Arbeitsplätze von ihr ab. Im Jahr 2021 wurden in dieser Branche 41 Mrd. EUR in Forschung und Innovation investiert. Die Stellungnahme zeigt ganz klar, dass der Schwerpunkt des langfristigen Konzepts der Europäischen Union darauf liegen sollte, die Branche als tragende Säule der EU-Wirtschaft im Bereich der Spitzentechnologie zu unterstützen.

Um die Abhängigkeit von anderen Staaten zu verringern, befürwortet der EWSA Anreize für EU-Arzneimittelhersteller und tritt für die Verlagerung der Produktion aus Drittländern ein. Außerdem wird sich für die Einrichtung einer europäischen Notfallreserve von Arzneimitteln von strategischer Bedeutung ausgesprochen. Unter Hervorhebung der Bedeutung einer angemessenen strategischen Autonomie empfiehlt der EWSA eine Ausweitung der gemeinsamen Beschaffung von Arzneimitteln durch die EU und verweist dabei auf das positive Beispiel der COVID-19-Impfstoffbeschaffung.

Den fundamentalen sozialen Aspekten einer Überarbeitung rechtlicher Bestimmungen wird die Stellungnahme dadurch gerecht, dass ein eigener EU-Fonds für seltene Krankheiten vorgeschlagen wird, über den allen europäischen Patientinnen und Patienten Behandlungsmöglichkeiten zugänglich gemacht und Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung zwischen den Mitgliedstaaten ausgeglichen werden, insbesondere dann, wenn die gesetzlichen Krankenversicherungen nicht die gesamten Kosten für eine Behandlung abdecken. (dm)



Modernes unternehmerisches Handeln kann den Wandel vorantreiben

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) benötigen eine wirksamere und besser strukturierte Unterstützung für den Übergang zu nachhaltigen Geschäftspraktiken

In einer [Initiativstellungnahme](#) beleuchtet der EWSA das Konzept der modernen unternehmerischen Verantwortung und die Rolle von KKMU bei der Förderung ihrer Grundsätze. Er betont, dass der Gesetzgeber günstige Rahmenbedingungen für KKMU schaffen muss, damit sie sich diese Grundsätze zu eigen machen können.

Der EWSA versteht unter modernem unternehmerischen Handeln einen proaktiven, freiwilligen Ansatz für wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, der über gesetzliche Pflichten hinausgeht. In seiner Stellungnahme hebt der EWSA hervor, auf welche Schwierigkeiten KKMU bei der Anwendung nachhaltiger Geschäftspraktiken stoßen. Um hier Abhilfe zu schaffen, empfiehlt der EWSA die Gründung von KKMU-Allianzen zur Förderung der Fähigkeiten und Kompetenzen, die für diese Umstellung notwendig sind. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Berufskammern und -verbänden sowie der Zivilgesellschaft ist für die gemeinsame Bewältigung dieser Herausforderungen ausschlaggebend.

Der EWSA empfiehlt einen breiten, pragmatischen Ansatz, denn angesichts der Diversität der KKMU kann es keine Pauschallösung geben. Berichterstatter **Ferre Wyckmans** und Berichterstatterin **Milena Angelova** heben hervor, dass proaktiv gedacht werden muss, was Unterstützung von den Sozialpartnern und politischen Entscheidungsträgern erfordert.

Der EWSA spricht sich für einen KKMU-freundlichen Rechtsrahmen aus, der klar und einfach ist und mit dem gewährleistet wird, dass die Ressourcen für das verantwortungsvolle unternehmerische Handeln an der Basis der Wirtschaft eingesetzt werden. In der Stellungnahme wird empfohlen, praktische Hilfsmittel wie

Checklisten, Schemata und Rechner sowie Analysen zu Alternativszenarien zu entwickeln, die KKMU nutzen können, um ihre Arbeitsweisen auf moderne und verantwortungsvolle Geschäftspraktiken auszurichten und über ihr Engagement und ihre Erfolge zu berichten.

Für Berichterstatte**r Rudolf Kolbe** kommt es darauf an, verantwortliches Handeln in alle Geschäftsprozesse zu integrieren und das Konzept auf Selbständige auszuweiten. Ebenso wichtig sei die fortlaufende berufliche Weiterbildung.

Natürlich entwickelt sich das Konzept des verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns im Laufe der Zeit weiter. Dabei muss, so der EWSA, ein proaktiver und zukunftsorientierter Umgang mit langfristigen digitalen, umweltbezogenen und demografischen Entwicklungen gewährleistet und gleichzeitig die Resilienz in Krisenzeiten gestärkt werden. (dm)



Nationale Aufbau- und Resilienzpläne: Mehr Sozialinvestitionen, aber auch viel Verbesserungsbedarf

Der EWSA organisierte am 8. November in Brüssel eine Konferenz zur sozialen Dimension der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem größten Finanzinstrument der EU, finanziert werden.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität soll den sozialen Zusammenhalt fördern und die sozialen Auswirkungen der Pandemie mildern. Allerdings sind die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne nach wie vor mit Mängeln behaftet, darunter ungleiche Investitionen in Sozialprogramme in den Mitgliedstaaten, unzureichende Konsultation der Sozialpartner und eine schwache Geschlechterdimension.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** forderte neue Maßnahmen gegen die Ungleichgewichte in den von der EU finanzierten Sozialprogrammen, insbesondere in der Wohnungspolitik und in der allgemeinen und beruflichen Bildung. **Evelyn Regner**, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, bemängelte die unausgewogene soziale Dimension in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen und betonte die Wirksamkeit von Etappenzielen in Ländern mit starker Beteiligung der Sozialpartner.

Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, regte an, dass nicht zugewiesene Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität in den Wohnungsbau investiert werden könnten, denn diese habe zwar die Kapazität für soziale Investitionen in der EU erhöht, doch bestehe in den Mitgliedstaaten ein akuter Wohnungsmangel, der behoben werden müsse.

Die Konferenzteilnehmer kritisierten die Unzulänglichkeit der Gleichstellungsbestimmungen in der Aufbau- und Resilienzfazilität, die dem Engagement der EU für die Geschlechtergleichstellung nicht gerecht werden. In der Debatte wurde auf laufende Projekte in einigen Mitgliedstaaten verwiesen, mit denen die Gleichstellung der Geschlechter langfristig verbessert werden könnte. Es wurde ein robusterer und umfassenderer Ansatz gefordert, um die soziale und die geschlechtsspezifische Dimension in die nationalen

Aufbau- und Resilienzpläne einzuarbeiten.

In der Konferenz wurden verschiedene Aspekte dieser Pläne erörtert, darunter der soziale Zusammenhalt und die jugendpolitische Dimension. Ein besonderer Schwerpunkt waren Bildungsmaßnahmen für junge Menschen in den Programmen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne. Die Teilnehmer betonten, dass umfassendere Strategien erforderlich sind, um den Berufseinstieg zu erleichtern. Jungen Menschen müsse eine Plattform geboten werden, damit sie aktiv an Entscheidungen über ihre Zukunft mitwirken können. (II)



Geschlechtergleichstellung in der EU: Fortschritte weiterhin im Schneckentempo

Trotz der jüngsten Durchbrüche und der Tatsache, dass der EU-Gleichstellungsindex in diesem Jahr ein Rekordniveau erreicht hat, ist in zahlreichen Bereichen noch viel zu tun, damit Frauen die gleichen Rechte wie Männer genießen.

Dies war der Tenor der Debatte des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) vom 25. Oktober im Rahmen der Europäischen Woche für die Gleichstellung der Geschlechter – einer vom Europäischen Parlament organisierten jährlichen Veranstaltung, mit der die kontinuierlichen Bemühungen der EU hervorgehoben werden sollen, Frauen in den Mittelpunkt der legislativen Maßnahmen zu stellen.

Auch wenn es Fortschritte gibt, sind diese noch lange nicht zufriedenstellend. Im Jahr 2023 verzeichnete der Gleichstellungsindex den bisher höchsten jährlichen Anstieg, nämlich auf einen EU-weiten Wert von 70,2 Punkten, wie das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) in dieser Woche berichtete.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, **Evelyn Regner**, wies auf die fortdauernde Segregation auf dem Arbeitsmarkt hin, wobei Frauen eher im Niedriglohnsektor und Männer vor allem in Branchen mit besserer Bezahlung beschäftigt sind. Sie betonte, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten unbedingt beseitigt werden müssen, insbesondere im Hinblick auf gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die für Gleichheitspolitik zuständige EU-Kommissarin **Helena Dalli** hob die Bemühungen der EU zum Schutz der Rechte der Frau in den letzten vier Jahren hervor, darunter die Legislativvorschläge zur Lohndiskriminierung und zur Vertretung von Frauen in den Leitungsgremien von Unternehmen.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** bekräftigte die Entschlossenheit des EWSA, die Geschlechtergleichstellung in all seinen politischen Arbeiten durchgängig zu berücksichtigen, und ermutigte Frauen dazu, Führungspositionen im EWSA anzustreben. Der EWSA nimmt auch dieses Jahr an der [Europäischen Woche für die Gleichstellung der Geschlechter](#) teil und veranstaltet Debatten über die Auswirkungen der Klimakrise auf die Geschlechtergleichstellung, Gewalt gegen Frauen sowie die geschlechtsspezifische Ungleichheit beim Zugang zu den Finanzmärkten. (II)



Connecting EU 2023: Desinformation und Desinteresse sind die Hauptgründe für eine geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen

Wie wirkt sich Desinformation auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 aus? Wie kann die Zivilgesellschaft die Bevölkerung und insbesondere die jungen Menschen wirksamer zur Stimmabgabe motivieren? Dies waren die wesentlichen Diskussionsthemen des vom EWSA am 23./24. November in Bratislava organisierten Seminars „Warum Sie sich an der Europawahl 2024 beteiligen sollten!“.

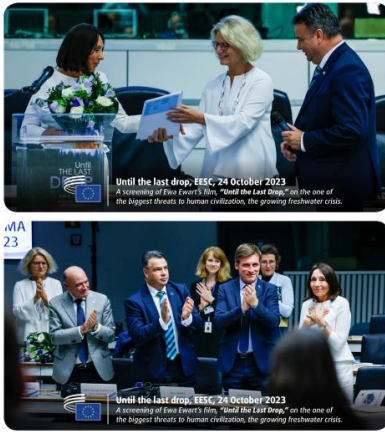
Das Seminar wurde von der Europäischen Arbeitsbehörde in Zusammenarbeit mit dem slowakischen Wirtschafts- und Sozialrat und mit Unterstützung des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Bratislava ausgerichtet und zählte über 130 Teilnehmer: EWSA-Mitglieder, Kommunikations- und Pressebeauftragte zivilgesellschaftlicher Organisationen, Journalisten sowie Vertreter der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte aus sieben Mitgliedstaaten.

In den zweitägigen Diskussionen wurde deutlich, dass Kampagnen für eine stärkere Wahlbeteiligung nur dann wirkungsvoll sind, wenn den Europäerinnen und Europäern klar ist, wie sich die Entscheidungen der EU auf ihren Alltag auswirken. Es gilt, auf jeden EU-Mitgliedstaat zugeschnittene Botschaften zu vermitteln und die Hindernisse für das politische Engagement junger Menschen dringend abzubauen.

Eine starke Wahlbeteiligung ist nur möglich, wenn Desinformation wirksam bekämpft, die tatsächlichen Herausforderungen klar benannt und den Wählern das Engagement ihrer künftigen politischen Vertreter in der EU vermittelt wird.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** betonte in seiner Eröffnungsrede: „Für erfolgreiche Europawahlen 2024 müssen wir alle – EU-Institutionen, Medien und Kommunikationsexperten – gemeinsam die Menschen sensibilisieren, um Desinformation zu bekämpfen und insbesondere die Bürgernähe Europas zu stärken. Vor allem müssen die Menschen wissen, dass es bei diesen Wahlen um sie selbst geht.“

Zudem besuchten Präsident Röpke und die EWSA-Delegation das Investigative Center of Jan Kuciak (ICJK) und würdigten dessen Namensgeber: Der slowakische Journalist wurde 2018 ermordet, nachdem er Korruption auf den höchsten Ebenen seines Landes aufgedeckt hatte. (II)



Filmvorführung „Until the last drop“ im Beisein der polnischen Regisseurin Ewa Ewart

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss zeigte in Anwesenheit der polnischen Regisseurin Ewa Ewart ihren Film „Until the last drop“ über die zunehmende Süßwasserkrise. Die Vorführung war Teil einer Reihe von EWSA-Veranstaltungen zum Thema Wasser, die in der Konferenz „Aufruf für einen europäischen Blauen Deal“ mündeten, auf der der Ausschuss seine Wasserstrategie für die EU vorstellte.

„Wasser ist Leben. Wir müssen es beschützen und erhalten. Kein Wasser – kein Leben auf diesem Planeten“, so **Ewa Ewart** zu Beginn der Vorführung ihres Dokumentarfilms zum Thema Wasser am 24. Oktober in Brüssel.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von EWSA-Präsident **Oliver Röpke** unter Teilnahme von Vizepräsident **Laurențiu Plosceanu** und Ausschussmitglied **Pietro De Lotto**, die treibende Kraft der EWSA-Initiative zum Blauen Deal. Unter den über 100 Zuschauern waren u. a. EWSA-Mitglieder, Vertreterinnen und Vertreter von EU-Institutionen sowie Journalistinnen und Journalisten.

Ihre Filme widmet Ewa Ewart schwierigen Themen und gefährlichen Kontexten. Es geht darin oft um Geschichten über die Grenze zwischen Leben und Tod. Um Menschen und Kriege. „Auch in ‚Until the last drop‘ geht es um Krieg“, erklärt sie.

„Um einen besonderen Krieg, den sinnlosesten von allen. Es ist eine Geschichte über den Krieg, den der Mensch im Namen des Fortschritts unserer Lebensquelle Wasser erklärt hat. Sowie über die Zuversicht, dass es noch nicht zu spät ist, um uns um den Erhalt unserer Flüsse zu kümmern: die Hauptquelle für frisches, sauberes Wasser, das wir zum Überleben brauchen. Tag für Tag werden sich immer mehr Menschen bewusst, dass uns nicht mehr viel Zeit bleibt, unseren Umgang mit Wasser – unserer wertvollsten Ressource – zu ändern.“ (Chefredakteur)



65 Jahre EWSA

Der EWSA feiert seine Gründung vor 65 Jahren mit einer Debatte, zu der namhafte Gastredner und hochrangige Vertreter eingeladen werden.

Die Debatte „EESC@65: Zivilgesellschaft stärken, Demokratie verteidigen“ findet am Mittwoch, den 13. Dezember 2023, um 17.30 Uhr im Rahmen der EWSA-Plenartagung statt und kann über Webstream auf dem Internetportal des EWSA verfolgt werden.

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Was kleine und mittlere Unternehmen in Europa brauchen

Von Stefano Mallia (Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber im EWSA), Gerardo Cuerva (Präsident von CEPYME) und Petri Salminen (Präsident von SMEunited)

In den letzten Jahren hatten die europäischen Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU) mit den weltweit größten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg zu kämpfen, doch sie konnten sich behaupten. Europa kann sich ein Scheitern seiner KMU bei der Bewältigung des derzeitigen Wandels nicht leisten. Das sind die wichtigsten Herausforderungen für die europäischen KMU:

Die KMU werden durch eine Flut von Vorschriften schier erdrückt. Deshalb fordern wir die EU auf, ihren guten Vorsätzen im KMU-Entlastungspaket Maßnahmen folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass die Rechtsetzung den Bedürfnissen und besonderen Merkmalen kleiner Unternehmen auch wirklich Rechnung trägt.

Der Zugang zu Kompetenzen ist eine weitere große Herausforderung für europäische KMU. Aufgrund des demografischen Wandels haben sie enorme Probleme, geeignetes Personal zu finden. Hier müssen in allen Bereichen Maßnahmen ergriffen werden.

Die Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungen wird in den kommenden Jahren die dritte Herausforderung sein. Um dieses Problem zu lösen, brauchen europäische KMU Zugang zu alternativen Finanzierungssystemen und Märkten – und Regelungen, die Investitionen in Kleinunternehmen attraktiv machen und den leidigen Zahlungsverzug eindämmen.

Digitalisierung und Ökowende sind gewaltige Aufgaben für die Wirtschaft, die ohne europäische KMU nicht zu meistern sind. Deshalb müssen die EU-Organe die KMU in diese Prozesse einbinden und sie zu einer führenden Rolle ermuntern.

Wir fordern außerdem eine Bestandsaufnahme bezüglich der Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals. Wir halten eine solche Bewertung für nötig, um zu prüfen, ob die gesteckten Ziele tatsächlich erreichbar sind. Wo dies nicht der Fall ist, sollten in Gesprächen mit der privaten Wirtschaft neue Ziele mit realistischen Zeitvorgaben aufgestellt werden.

Für all diese Punkte ist ein stabiler wirtschaftlicher Rahmen unerlässlich, der Sicherheit schafft. Da sich die Gewichte in Wirtschaft und Handel weiter verschieben und die Wettbewerbsfähigkeit Europas ernsthaft bedroht ist, brauchen wir einen Binnenmarkt, in dem die KMU ihre Stärken voll ausspielen können.



Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit aus der Perspektive der Arbeitnehmer

von der Gruppe Arbeitnehmer

„Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit“ mag wie der jüngste Brüsseler Modebegriff klingen, doch das ist weit gefehlt.

Wettbewerbsfähigkeit gilt im Allgemeinen als Steckenpferd der Arbeitgeber, die ein unternehmensfreundliches Geschäftsumfeld fordern. Selbstverständlich sind florierende Unternehmen auch für Arbeitnehmer ein wichtiges Ziel.

Aber was hat das mit Nachhaltigkeit zu tun? Ein Wettbewerbsvorteil lässt sich auf vielfältige Weise erzielen. Ein Unternehmen kann effizienter werden, seine Produktionsverfahren innovieren, zur Weiterentwicklung der Technologie beitragen, seine Mitarbeiter fortbilden und deren Arbeitsbedingungen verbessern. Es könnte seine Konkurrenten jedoch auch verdrängen, indem es Gesetzeslücken nutzt, die Umwelt verschmutzt oder Möglichkeiten findet, seine Beschäftigten schlechter zu bezahlen – Stichwort Plattformwirtschaft.

Deshalb ist nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit für Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger ganz allgemein eine Kernpriorität: sie stellt sicher, dass Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft zugutekommt und nicht zu einem Wettlauf nach unten führt. Langfristig ist sie für alle besser, da wir – zumindest bis jetzt – alle den Planeten Erde brauchen. Außerdem liegt nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit auch im Interesse der Arbeitgeber: sie ist nicht nur ein Baustein für ökologische und soziale Stabilität, sondern fördert zudem einen fairen Wettbewerb und erkennt die Arbeit redlicher Unternehmen an.



Europäischer Grüner Deal: erster grüner Dialog von Maroš Šefčovič findet im EWSA statt

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Maroš Šefčovič, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, wählte die von unserer Gruppe ausgerichtete

Konferenz zur [Stärkung der Verbraucher beim Klimawandel](#) als Rahmen für den ersten seiner „grünen Dialoge“, die er bei seiner Anhörung als designiertes Kommissionsmitglied für den europäischen Grünen Deal vor dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments im Oktober angekündigt hatte.

An der von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft organisierten Konferenz nahmen rund 140 Personen teil, darunter nationale und europäische Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und europäische Entscheidungsträger. Auf der Veranstaltung wurde u. a. eine vom EWSA in Auftrag gegebene Studie zu den [Kosten des Klimawandels für Familien und Haushalte in der EU](#) auf den Weg

gebracht. Zudem wurde die den Verbrauchern zukommende Rolle hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass ein ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltiger und inklusiver Wandel stattfinden muss, wofür gezielte Maßnahmen und eine Zusammenarbeit aller Akteure erforderlich sind.

Zum Auftakt der Veranstaltung erklärte **Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, dass die Gruppe die Ankündigung der grünen Dialoge erfreut zur Kenntnis genommen habe. „Wir fühlen uns geehrt, dass Sie sich entschlossen haben, Ihren ersten grünen Dialog im Rahmen unserer Konferenz zu führen.“

Herr **Šefčovič** verkündete seine Absicht, regelmäßig grüne Dialoge abzuhalten, um für eine größere Unterstützung des europäischen Grünen Deals seitens der Öffentlichkeit zu sorgen. „Wir wollen zeigen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur rechtliche Lösungen bieten können, sondern ihnen auch zuhören, uns für ihre Anliegen interessieren und stets bereit sind, mit den betroffenen Akteuren zusammenzuarbeiten, um ausgewogene Lösungen zu finden. Diese Lösungen werden uns dabei helfen, den Klimawandel zu bewältigen, soziale Verantwortung zu zeigen und in Europa hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Der EWSA mit seiner Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, der Sie alle angehören, ist ein ausgezeichnetes Forum für diese Dialoge.“

[Hier](#) erfahren Sie mehr über die Debatten. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Konferenz finden Sie auf der [Website des EWSA](#).

ICH GEHE WÄHLEN. DU AUCH?



6.–9. Juni 2024: Europawahlen. Ich gehe wählen. Du auch?

Unser EWSA info enthält von Dezember 2023 bis Juni 2024 die neue Rubrik: „Ich gehe wählen. Du auch?“, in der sich unsere Gäste der Frage widmen, wie die Europawahl abläuft und warum man daran teilnehmen sollte. Unser erster Gast ist Robert

Sermek, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in der Slowakei.

An der Spitze eines siebenköpfigen Teams ist Robert Sermek für die Umsetzung der Kommunikationsstrategien des Parlaments auf nationaler Ebene zuständig und bringt den slowakischen Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit des Parlaments und seiner Mitglieder näher. Für das Europäische Parlament ist er seit 2007 tätig und war Projektleiter für audiovisuelle Produkte in den EU-weiten Kommunikationskampagnen im Vorfeld der Europawahlen 2014 und 2019 und redaktioneller Koordinator für die audiovisuellen Dienste des Parlaments. Vor seiner Zeit als EU-Bediensteter arbeitete er als Journalist. Er war Korrespondent für die slowakische Nachrichtenagentur TASR und später für den slowakischen Rundfunk in Brüssel, für den er über die entscheidende Phase der Beitrittsgespräche zwischen der Slowakei und der EU

sowie der NATO berichtete.



Warum wir an der Europawahl 2024 teilnehmen sollten

von Robert Sermek

Im nächsten Jahr werden mehr als 400 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger vom 6. bis zum 9. Juni die Möglichkeit haben, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen und die Zukunft der Europäischen Union zu gestalten. Dieser einzigartige demokratische Akt wird allerdings oft als wenig relevant und eher unwichtig dargestellt.

Ich habe vor kurzem an einem Kommunikationsseminar zum Thema Europawahl 2024 teilgenommen, das vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert wurde und das nicht zufällig in Bratislava in der Slowakei stattfand. Unter allen Mitgliedstaaten verzeichnet die Slowakei die geringste Wahlbeteiligung.

Beim Seminar ging es darum, Antworten auf eine sehr einfache Frage zu finden: Warum sollte man an der Europawahl teilnehmen? Ich würde auf diese Frage zunächst mit einer Gegenfrage reagieren: Warum denn nicht? Die Teilnahme an Wahlen ist immer wichtig, egal ob auf der kommunalen, nationalen oder europäischen Ebene. Wir haben so nämlich die ausgezeichnete Gelegenheit, bei Themen mitreden, die uns wichtig sind.

Im Juni 2024 werden wir 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments wählen. Diese 720 Politikerinnen und Politiker werden in den kommenden fünf Jahren über EU-Rechtsvorschriften mitentscheiden, das heißt über Regeln, die sich unmittelbar auf unser tägliches Leben in praktisch allen Bereichen auswirken: von Umwelt über Sicherheit und Migration bis hin zu Verbraucherrechten und Wirtschaft. Nun ist nicht jeder notwendigerweise mit allen auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen einverstanden, doch wirken sich diese Entscheidungen auf unser Leben aus. Dies zu verstehen, hilft uns, zu begreifen, wie wichtig die Teilnahme an Wahlen ist und wie entscheidend es ist, von seinem Mitspracherecht Gebrauch zu machen. Wer nicht wählt, lässt andere für sich entscheiden.

Ein anderer Aspekt der Europawahl, der oft unterschätzt wird, sind ihre Auswirkungen auf die künftige Ausrichtung der EU allgemein und die Zusammensetzung ihrer Organe.

Nach den Wahlen im Juni werden die Staats- und Regierungschefs den nächsten Kommissionspräsidenten bzw. die nächste Kommissionspräsidentin nominieren. Dabei müssen sie das Wahlergebnis berücksichtigen und einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin der Partei mit den meisten Sitzen ernennen. Das neue Parlament wählt dann den Präsidenten bzw. die Präsidentin der Kommission, und wer das sein wird, steht nicht immer von vornherein fest. 2019 wurde Ursula von der Leyen zum Beispiel mit einer relativ knappen Mehrheit gewählt. Darüber hinaus nehmen die MdEP jeden Kandidaten für das Amt eines Kommissionsmitglieds in einer dreistündigen öffentlichen Anhörung vor der Wahl des gesamten Kollegiums der Kommissionsmitglieder im Herbst 2024 ins Kreuzverhör. Es liegt also auf der Hand, dass wir mit unserer Stimme auf die künftige Gestaltung der EU-Organe und nicht nur auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments Einfluss nehmen.

Wie können wir aber unsere Bürgerinnen und Bürger überzeugen? Die Kommunikationsdienststellen des Europäischen Parlaments werben seit Anfang 2023 für die Europawahl. In der ersten, politisch neutralen und unparteiischen Phase unserer Kommunikationskampagne ging es um Ergebnisse, also darum, was die EU für ihre Bürgerinnen und Bürger getan hat und welche Auswirkungen sie in den letzten vier Jahren auf deren Leben hatte. In den kommenden Wochen gehen wir nun langsam zur nächsten Phase über, in der es vor allem um den Aspekt Demokratie geht, und stellen die Tragweite der Teilnahme an der Europawahl in den Vordergrund.

Alleine kann und wird das Europäische Parlament diese Aufgabe aber nicht stemmen. Wir arbeiten mit unseren Freiwilligen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern zusammen, die Teil unserer Gemeinschaft „Gemeinsamfuer.eu“ sind. Ich möchte diese Initiative allen ans Herz legen. Man kann ihr als Einzelperson oder als zivilgesellschaftliche Organisation beitreten.

Wir brauchen so viele Partner wie möglich – auch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Wir brauchen Organisationen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, soziale Interessengruppen und Wirtschaftsverbände. Sie alle repräsentieren bzw. erreichen gemeinsam mehr als 90 Millionen Europäerinnen und Europäer. Das ist eine enorme Wählerschaft. Ich bin fest überzeugt, dass unsere Botschaften im Vorfeld der Wahl dank Ihrer Hilfe und Kooperation diese Wählerinnen und Wähler erreichen können.

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)
Laura Lui (ll)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Christian Weger (cw)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanis (mg)
Margarida Reis (mr)
Millie Tsoumani (mt)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

11/2023